Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 566 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Freitag, 14. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 30 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 4gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Sonst nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Sernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Wie unser Berliner Mitarbeiter aus Kreisen des Untersuchungsausschusses erfährt, sieht die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs in der Freitagsitzung nicht zu erwarten. Vielmehr wird mit der Vernehmung Helfferichs fortgefahren werden.

* Die deutschen Delegierten, die in Paris mit den Ententevertretern über die Bedingungen des Annektionsprotokolls beraten sollen, werden Ende dieser Woche unter Führung des Ministerialdirektors Simon nach Paris abreisen.

* Eine Vollversammlung der unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre von Groß-Berlin hat eine radikale Kampfansage an die Gewerkschaften gerichtet.

* Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Lohngebiet Mainz, Wiesbaden und Biebrich hat wegen Nichtanerkennung des Reichstarifs die Arbeit niedergelegt.

* Das estländische Kabinett ist zurückgetreten.

* Die italienische Regierung hat offiziell die Blockade von Fiume aufgehoben. Die Eisenbahnzüge fahren wieder bis Fiume.

Der Friedensvertrag für Ungarn

Wien, 13. November.

Das „Neue Wiener Journal" veröffentlicht aus dem bevorstehenden Friedensvertrag zwischen der Entente und Ungarn folgendes:

Die Grenzen Ungarns gegenüber Oesterreich bleiben die gleichen, wie sie im österreichischen Friedensvertrag vorgesehen sind. Die Kohlenbergwerke bei Salgo-Tarjan verbleiben bei Ungarn. Die Grenzen gegen Rumänien verlaufen zehn Kilometer westlich von Arad und folgen dann dem nördlichen Ufer des Marosflusses. Die allgemeine Wehrpflicht wird aufgehoben. Die Gesamtstärke des aus Freiwilligen bestehenden Heeres darf 30 000 Mann nicht überschreiten. Sämtliche Monitore der Donauflottille sind den alliierten Mächten zu übergeben. Hinsichtlich der Eisenbahnen wird bestimmt, Ungarn einen freien Verkehrsweg zur Adria zu erhalten. Ungarn gestattet dem tschecho-slowakischen Staat, seine Eisenbahnen von Preßburg nach Fiume über Oedenburg, also über Deutsch-Westungarn und den ungarischen Ort Stein am Anger zu führen. Für die Erhaltung dieser Linie muß der tschecho-slowakische Staat einen jährlichen Pachtbetrag zahlen.

Der wahre Kriegsanstifter

Ein französisches Zeugnis.

Versailles, 12. November.

Saint-Brice legt im „Journal" der Reise Poincarés große Bedeutung bei; nach außen hin komme für ihn dies schon dadurch zum Ausdruck, daß sie am Tage des Waffenstillstandes, dem 11. November, erfolgte.

Eduard VII. habe sich entschlossen gezeigt, der deutschen Expansion ein Hindernis entgegenzustellen; er habe für diesen Plan bei dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, Unterstützung gefunden. Deutschland habe darauf reagiert und der Kampf habe begonnen. Durch den frühzeitigen Tod des englischen Monarchen habe die Entente cordiale die energische Hand verloren; von dem großen Plan wäre vielleicht nur eine schwache Politik übrig geblieben, wenn die deutsche Beharrlichkeit sich nicht in den Abgrund gestürzt hätte. Gegenüber der Gefahr habe dann endlich England seine traditionelle Ausdauer und Frankreich seine ewige Tapferkeit wiedergefunden. Saint-Brice sagt, ohne die 100 000 Mann des Marschalls French wäre die Partie an der Marne verloren gewesen, und wenn am 23. März 1918 die französischen Bataillone nicht das Loch der englischen Front gestopft hätten, wäre alles verloren gewesen. Jetzt sei der Sieg gekommen und es erhebe sich die Frage, ob er den Opfern entspreche, die man gebracht habe. Ein Jahr nach dem Waffenstillstand dürften derartige Fragen eigentlich nicht gestellt werden, aber es sei notwendig, dies zu tun. England habe weit über seine Hoffnung hinaus realisiert, die maritime Bedrohung sei endgültig beseitigt, die von Tirpitz geschaffene stolze Armada liege bei Scapa Flow auf dem Meeresgrund, die deutsche Handelsmarine sei vernichtet und die Konfiszierung des Hafenmaterials werde ihre Wiederaufrichtung verzögern; könne man sich unter diesen Umständen wundern, daß die britische Insularitradition wieder erwacht sei? Aber sei die kontinentale Bedrohung endgültig beseitigt, so daß England sich ruhig auf seine Insel zurückziehen könne? Die Franzosen seien nicht dieser Ansicht. Man bleibe mit einem deutschen Block, der kompakter denn je und für den Krieg geschult sei, in Berührung. Das besiegte Deutschland erwarte die Stunde der Revanche. Die Engländer schienen anzufangen zu bemerken, daß sie die Umklammerung zu früh gelockert hätten. Sie hätten sich den größten Siegesanteil angeeignet: Zentralafrika, Arabien, Mesopotamien, Rußland. Sie träumten auch davon, auf einmal Konstantinopel, Mekka und Petersburg zu beherrschen. Die unvermeidliche Reaktion mache sich geltend. Die Engländer fühlten die Wucht derartig leichtfertig angeknüpfter Unternehmungen. Sie sähen Indien beunruhigt, Aegypten unter Erschütterungen, Persien widerspenstig und die muselmanische Welt mißtrauisch, und seien sie nicht soweit gekommen, daß sie daran verzweifelten, Rußland den Deutschen entreißen zu können? Sonnabend habe Lloyd George wahrhaft mit seiner Idee, wieder nach Frankreich zu gehen, kapituliert, es sei hohe Zeit, daß die Mitstreiter den Engländern für die Kämpfe von morgen ihre Mithilfe anbieten. Die Reise von Poincaré müsse das Wiedererwachen der Entente cordiale ankündigen.

Dieses Bekenntnis ist gerade jetzt sehr geeignet, um den deutschen Untersuchungsausschuß an die einzige Aufgabe zu erinnern, die er zu tun haben sollte, das deutsche Volk von dem Vorwurf, den Krieg angezettelt zu haben, zu entlasten.

*

Ferner geht uns der Brief eines Deutschen aus Amerika zu, der ebenso deutlich zeigt, wie zwecklos die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Feststellung der Schuld am Weltkriege ist, wie die ganze Welt darauf gearbeitet hat, Deutschland von seiner Höhe herabzureißen und zu zerschmettern. In dem Briefe heißt es unter anderem:

Hoffentlich verstehen die Deutschen bald, warum sie in der Welt so verhaßt sind, und geben ihrem Kaiser nicht die Schuld an dem Unglück. — Deutschland mußte herunter, auf jeden Fall, und wenn es keinen Kaiser gehabt hätte. Sieht man denn endlich drüben ein, wer Wilson ist? — Merkt man endlich, daß dieser Mann immer nur für sein Vaterland England gearbeitet hat? Und der dumme deutsche Michel bildete sich ein, er könnte mit ehrlichen Waffen den Krieg gewinnen. — Nein, Deutschland sollte verlieren! Das war beschlossene Sache. — In Zeitungen, amerikanischen, englischen, französischen usw., kann man es lesen, wie Deutschland überall obenan stand, und das nicht erst kurz vor dem Kriege, sondern lange Jahre vorher, und das war der Grund zum Kriege. Doch dem Herrn Wilson setzt man heute gehörig zu in den Vereinigten Staaten. Wenn es möglich war, durch die gemeinsten Schikane und die härtesten Strafen ein großes Heer zusammenzubringen, so fährt sich doch der gesunde Kern, der Gott sei Dank auch in den Vereinigten Staaten vorhanden ist, nichts vormachen und hat keine Lust, seine Söhne für die Glorie Frankreichs, die heruntergekommenste Nation der Welt, zu opfern.

Sofortige Rückkehr Mackensens

Berlin, 13. November.

Wir hatten bereits mitgeteilt, daß Generalfeldmarschall von Mackensen in die Heimat zurückbefördert werden soll. Nach einer Meldung aus Düsseldorf hat jetzt Marschall Foch angeordnet, daß die Heimschaffung Mackensens sofort in die Wege geleitet werden soll. Er soll über einen italienischen Hafen in die Heimat zurückgeführt werden.

„Scapa Flow"

Berlin, 13. November.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" führt ein Völkerrechtslehrer unter der Ueberschrift „Scapa Flow" aus, daß die Alliierten die Anrechnung des Wertes der Kriegsschiffe auf die Wiedergutmachungsschuld abgelehnt hätten. Verhandlungen über den Ersatz der versenkten Schiffe im Rahmen der anläßlich der Niederlegung der Ratifikationsurkunden bevorstehenden Verhandlungen seien wünschenswert. Vom deutschen Rechtsempfinden aus müsse aber nicht nur die selbstverständliche Bestimmung des Schadenersatzes, sondern auch die Tatsache der Schadenersatzforderung bestimmt abgelehnt werden. Es sei zu erwarten, daß die Regierung unbeschadet ihrer Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mindestens eine unparteiische schiedsrichterliche Entscheidung auch über den Grund des Anspruches beantragen werde.

*

London, 13. November.

Einige Offiziere der deutschen Marine, die an der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow aktiv beteiligt waren, haben einen Fluchtversuch aus dem Lager bei Leeds unternommen, in dem sie interniert waren. Sie haben einen unterirdischen Gang hergestellt, der aber infolge falscher Berechnung außerhalb der Umzäunung mündete, dort, wo die Schildwache stand. Diese vereitelte den Fluchtversuch.

Amerika zieht sich zurück

Lörrach, 13. November.

Aus Paris wird gemeldet: Die amerikanische Delegation in Paris wird endgültig am 11. Dezember von Brest nach New-York zurückreisen.

Die „Chicago Tribune" sagt hierzu, es herrsche große Unzufriedenheit unter den amerikanischen Friedensdelegierten über den Mangel an Offenheit seitens der Delegierten der anderen Mächte. Der amerikanische Delegierte Polk habe erklärt, Amerika werde Europa finanziell und politisch nicht unterstützen, so lange die anderen Regierungen in ihrer Tätigkeit im Obersten Rat und in der Liga der Nationen nicht weitere Offenheit beweisen. Das Blatt meint, die amerikanische Drohung, abzureisen, solle Frankreich und Italien zwingen, ihre Karten auf den Tisch zu legen.

Das Vetorecht Wilsons aufgehoben

Versailles, 13. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" hat der amerikanische Senat den ersten Vorbehalt zum Friedensvertrag von Versailles mit einer Klausel angenommen, durch das dem Präsidenten das Recht, dieser Maßnahme sein Veto entgegenzusetzen, genommen wird.

Ein mißglückter demokratischer Fischzug in Rostock

Unter der tendenziös fälschenden Ueberschrift „Die Universität Rostock und die Deutschnationalen" bringt die „Demokratische Partei-Korrespondenz" einen spaltenlangen Schmähartikel, bei dem man allerdings nicht weiß, ob man mehr über die Leichtfertigkeit des Einsenders staunen soll oder über die der Schriftleitung, die eine derartige Ansammlung von lächerlich wirkenden Kraftworten veröffentlichen mochte. Und weshalb der ganze Lärm? Der Demokratenführer Wendorff hat versucht, das fünfhundertjährige Jubiläum der Universität zu einem Fischzug in Rostock für die sozialdemokratisch-demokratische Regierung von Mecklenburg-Schwerin zu benutzen und hat dabei recht peinliche Erfahrungen gemacht. In Rostock sind nämlich Professoren wie Studenten meist gut national und sie haben die höchst einseitigen Auslassungen Wendorffs dementsprechend beantwortet. Darüber ist man in der Demokratie nun wütend. Denn zunächst hätte man nach merkwürdig demokratischer Logik den höchsten Respekt vor Herrn Wendorff haben müssen; ist er doch, wie es da in der „Demokr. Partei Korr." heißt, „der erste Beamte des Landes, der hochverdiente Ministerpräsident des Freistaats". Den Kaiser darf man absehen, wenn aber der große Demokrat Wendorff kommt, hat alles vor Ehrfurcht zu ersterben. Und das, obwohl es doch bekannt ist, daß Wendorff und seine Regierung es durch ihre beschränkte Cliquenwirtschaft dahin gebracht haben, daß sich in Mecklenburg Stadt und Land schon fast in Waffen gegenüberstehen. Herr Wendorff also sprach und erlebte, was so manchem Redner geschieht, er fand Widerspruch in der Versammlung und wurde, da er nicht begriff, was los war, schließlich regelrecht ausgepfiffen. Daraus macht die demokratische Berichterstattung nun folgende Mordgeschichte: „In geschickter Weise hatten die Deutschnationalen sowohl auf der Galerie wie unten im Saal Anhänger ihrer Partei, darunter Studenten und Schüler bis zum Alter von 14 Jahren hinab, verteilt, die durch fortwährende Zwischenrufe, Trommeln, Fußstampfen, Pfeifen auf mitgebrachten Instrumenten ganz wie in alter Zeit zu stören und den Vortrag des Redners unmöglich zu machen suchten." Dafür, daß „die Deutschnationalen" diesen Widerspruch gegen Wendorff, der sich in den bekanntlich auf Universitäten üblichen Formen entwickelte, planmäßig vorbereitet haben, können die erbosten Demokraten natürlich keine Spur von Beweis erbringen. Noch mehr aber als dies bringt sie das aus dem Häuschen, was dann in der freien Aussprache geschah. „In der nachfolgenden Besprechung wurden von Professoren die heftigsten Angriffe gegen die Regierung gerichtet und unter ständigem Hinweis auf Kaiser und Reich die Abtretung der republikanischen Staatsregierung gefordert." Daß dem Ministerpräsidenten Wendorff und seinen demokratischen Gesolgsleuten der Vergleich zwischen der machtvollen Vergangenheit und den jetzigen heillosen Zuständen gerade auch in Mecklenburg sehr unangenehm war, ist begreiflich. Aber die Professoren machten doch nur von ihrem demokratischen Staatsbürgerrecht Gebrauch, wenn sie den Vertreter der Regierung auf die Unzufriedenheit des Volkes mit der republikanischen Mißwirtschaft aufmerksam machten, ein Recht, das bei ihrer Stellung schon heinahe zur Pflicht wurde. Und deshalb Räuber und Mörder! Der Artikel der „Demokrat. Partei-Korr." ergießt eine wahre Flut der unsinnigsten Schmähungen über Rostock und seine Universität, als seien sie ein zweites Sodom und Gomorrha. Durch das Auftreten der Professoren gegen den Ministerpräsidenten Wendorff drohe nun „eine völlige Zerstörung dessen, was uns vom Deutschen Reiche noch geblieben ist, und der blutigste Bürgerkrieg". Ueberhaupt dies Rostock! „Sowohl unter den Professoren, wie unter den Studenten herrscht eine Richtung, die an die traurigsten Zeiten des zusammengebrochenen Obrigkeitsstaates erinnert. Völlige Verständnislosigkeit für die heutige Zeit, wahnwitzige volksvergiftende Hetze gegen alles, was mit der republikanischen Staatsauffassung zusammenhängt, widerliche Angriffe auf Volksgenossen anderen Stammes, die jeglichem Anrecht auf Bildung widersprechen, sind an der Tagesordnung." Nach einem schweren Stoßseufzer: „Auf die fünfhundertjährige Jubelfeier der Universität Rostock ist ein tiefer Schatten gefallen", schließt der Artikel des demokratischen Parteiorgans mit folgendem fanatischen Weheruf: „Man muß sagen, daß hier ein vaterlandsfeindliches Treiben vorliegt, eine Versündigung vor dem Inland und dem Ausland zutage tritt; dies mit aller Entschiedenheit gebührend zu brandmarken, ist Pflicht der deutschen Presse." — Es fehlt nur noch, daß alle deutschen Zeitungen aufgefordert werden, Pech und Schwefel auf das gottlose Rostock und seine Universität herabzuflehen. Und das alles nur deshalb, weil dem großen Demokraten Wendorff ein Fischzug in den dortigen Parteigewässern schlecht bekommen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911141-15/fragment/page=0001

Grenzmark Westpreußen-Posen

Das Preußenparlament nimmt den Deutschnationalen Antrag zur Rettung der Hackfruchternte an. — Ein weiterer Deutschnationaler Antrag will Posen und Westpreußen zu einer politischen Einheit zusammenfassen.

Berlin, 13. November.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Min.

Die Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden, sowie für die Verbilligung von Lebensmittel.

Abg. Weil (Soz.): Wir werden dem Entwurf zustimmen.

Abg. Stieler (Ztr.): Notwendig ist eine Erhöhung der Familienunterstützung für die Kriegsgefangenen. Die preußische Regierung muß bei der Reichsregierung dahin wirken, daß sie erfolgt.

Abg. Bruhns (Soz.) spricht ebenfalls für erhöhte Beihilfen an die Familien der Kriegsgefangenen.

Abg. Dallmer (Dn.) hat gewisse Besorgnisse für die Zukunft unserer Gemeinden.

Finanzminister Dr. Südekum: Ich erkenne die Notlage der Gemeinden voll an. Wir müssen aber in erster Linie für die Gemeinden in den abgetretenden Gebieten sorgen. Inzwischen hat das Reich uns einen zunächst vertraulichen Entwurf einer Landesabgabenordnung vorgelegt, der tief in die Finanzen der Gemeinden eingreift, und gegen den ich ernste Vorstellungen erhoben habe.

Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung, sowie in der Gesamtabstimmung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages von Kessel (Dn.) auf schleunige Rettung der Hackfruchternte.

Abg. von Kessel: Das unzeitige Winterwetter hat schon unermeßbar großen Schaden angerichtet. Die Regierung muß die Arbeitszeit bei eintretendem Tauwetter zum Herausnehmen der Früchte vorübergehend erhöhen, genügend Eisenbahnwagen für den Transport bereitstellen, ferner Kohlen zur Verfügung stellen, damit die angefrorenen Kartoffeln getrocknet werden können.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): Der Antrag ist aus agitatorischen Gründen gestellt worden, um gegen die Zwangswirtschaft Sturm zu laufen. Er stützt sich materiell auf starke Uebertreibungen.

Landwirtschaftsminister Braun: Der überwiegende Teil der Hackfrüchte ist vor Eintritt des Frostes eingebracht worden. Das Ministerium ist bemüht, durch Stellung von Arbeitskräften helfend einzugreifen. Wir werden weiter alle Kräfte anspannen, um zu retten, was noch zu retten ist.

Ein Vertreter des Eisenbahnministers bemerkt, daß zum Abtransport der Hackfrüchte alles nur Mögliche geschehe.

Abg. Schönlaß (Zentr.) befürwortet eine Abänderung des Antrags von Kessel, wonach die sofortige Verarbeitung solcher Kartoffeln, die durch Witterungseinflüsse zur menschlichen Ernährung vollkommen ungeeignet geworden sind, in Trockenfabriken und Dampfapparaten zur Schweinefütterung erfolgen solle.

Der Antrag von Kessel wird, soweit er die vorübergehende Heraufsetzung der Arbeitszeit fordert, durch Auszählung mit 116 gegen 95 Stimmen der sozialdemokratischen Partei angenommen. Die Forderung auf genügende Stellung von Eisenbahnwagen findet einstimmige Annahme, ebenso der auf Verarbeitung der angefrorenen Kartoffeln bezügliche Teil des Antrags in der vom Abgeordneten Schönlaß befürworteten Fassung.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Veranlagung und Verwaltung der preußischen Steuern. Nach der Vorlage geht die Veranlagung und Verwaltung der Einkommen- und Ergänzungssteuern auf die zu bildenden Finanzämter und Landesfinanzämter über.

Hierauf wird die zweite Haushaltsberatung beim Haushalt der preußischen Regierung fortgesetzt.

Abg. Schueling (Ztr.) empfiehlt einen Antrag auf Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegswitwenarmen von 1870/71.

Abg. Budjuhn (Dn.) beantragt, die schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die bei Preußen verbleibenden Teile von Posen und Westpreußen zu einer politischen Einheit zusammengefaßt werden sollen, etwa in der Form eines Regierungsbezirks (Grenzmark Westpreußen-Posen.

Abg. Dr. Heß (Ztr.) befürwortet die Gewährung von Ueberteuerungsüberschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels und von Vorschüssen an Gemeinden im besetzten Gebiet.

Abg. Dr. Struve (Dem.) fordert die Einsetzung eines ständigen Fachausschusses für die Wohnungsfrage.

Freitag 12 Uhr: Fortsetzung: vorher Anfragen.

Schluß 5 Uhr.

*

Der Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert hatte laut „Berl. Tageblt." der sozialdemokratischen Fraktion seine Absicht, zu demissionieren, unterbreitet, weil er gelegentlich einer Abstimmung am Schluß der Mittwoch-Sitzung von der Mehrheit im Stiche gelassen worden war. Auf Bitten der Fraktion jedoch, die ihm bestätigte, daß er im Rechte gewesen, und ihm ihr Vertrauen ausdrückte, trat Leinert von seinem Vorhaben zurück.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung. Wie die „V. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, stehen auf der Tagesordnung des ersten Sitzungstages der Nationalversammlung nach den dreiwöchigen Ferien, am 20. November, nur Petitionen und der Bericht des Haushaltungsausschusses. Weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, hat sich der Präsident allerdings vorbehalten. Für die Tagung, die ohne Unterbrechung bis etwa 15. Dezember dauern wird, sind folgende Arbeiten vorgesehen: zweite und dritte Lesung der Reichshaushaltsordnung, des Reichsnotopfers, der Umsatzsteuer, erste Lesung des Einkommensteuergesetzes und die Erledigung des Betriebsrätegesetzes. Derzeit liegt zu diesem Punkte nur die von den Betriebsräten selbst eingebrachte Vorlage vor, über die, wie bekannt, im Ausschuß bereits verhandelt wird. Die Reichsregierung hat über die Einsetzung eines Reichswirtschaftsrates noch keine Vorlage eingebracht. Das Betriebsrätegesetz soll ohne Rücksicht darauf vor Weihnachten fertiggestellt werden. Die Weihnachtsferien werden bis Mitte oder Ende Januar dauern, und da die Nationalversammlung auch noch das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstages erledigen muß, wird es wohl April oder Mai werden, ehe die Nationalversammlung sich auflöst. Auch in der Wahlfrage sind von der Regierung bisher keinerlei Gesetzentwürfe eingebracht worden.

Keine weitere Verkehrssperre?

Berlin, 13. November.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" aus dem Reichsverkehrsministerium erfährt, ist die Verlängerung der Personenverkehrssperre über den anfangs in Aussicht genommenen Termin nicht zu erwarten. Man ist allgemein der Auffassung, daß sie auch der Bevölkerung aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden kann. Das Blatt hört weiter, daß die günstige Wirkung der Verkehrssperre nicht ausgeblieben ist. Man könne sie dahin zusammenfassen, daß die ungünstige Wirkung des Wetters durch die günstige Wirkung der Personenverkehrssperre zum mindesten ausgeglichen ist. Trotzdem dürfe man sich nicht darüber täuschen, daß die Verkehrsfrage und die Frage der Kohlentransporte noch immer schwierig bleibe.

Der Reichswirtschaftsrat

Berlin, 13. November.

Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus dem endgültigen Entwurf über den Reichswirtschaftsrat mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl nahezu an 200 heranreicht. Nach diesem Entwurf, der in allernächster Zeit amtlich bekanntgegeben wird, ist eine Mitwirkung des vorbereitenden Reichswirtschaftsrates beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Rätevertretungen sehr wohl möglich. Insbesondere beim Betriebsrätegesetz müssen die wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes, deren Wahrung dem Reichswirtschaftsrat obliegt, volle Berücksichtigung finden.

Ein englischer Oberkommissar im Kaukasus

Amsterdam, 13. November.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, antwortete Churchill im Unterhause auf die Frage, welches die Politik der englischen Regierung gegenüber dem nördlichen Kaukasus und dem von Denikin besetzten Rußland sei, daß ein Vertreter der englischen Regierung bei General Denikin und einer im nördlichen Kaukasus sei, und daß ein Mitglied des Unterhauses nach diesem letzteren Lande als Oberkommissar gehen würde. Dieser werde dafür sorgen, daß zwischen den beiden Landstrecken keine Konflikte entstehen.

Die polnische Gegenoffensive

Amsterdam, 13. November.

Einer Meldung der „Times" aus Warschau zufolge macht die polnische Gegenoffensive zwischen Dwina und Beresina gute Fortschritte. Die Polen haben das ganze Gebiet wiedererobert, das die Bolschewisten ihnen vor vier Wochen abgenommen hatten. In Wolhynien stehen die polnischen Truppen von den Truppen Denikins nur noch 15 Meilen entfernt.

Amsterdam, 13. November.

Nach einem drahtlosen bolschewistischen Bericht haben die roten Truppen die Front des Generals Denikin auf einer Breite von 47 Meilen durchbrochen. Einer anderen bolschewistischen Meldung zufolge ist Denikin in der Gegend von Dmitriew von den Bolschewisten geschlagen worden und hat den Rückzug angetreten.

Die „Times" meldet aus Reval, daß General Judenitsch die Bolschewisten in der Richtung auf Gdow zurückgeschlagen und ansehnliche örtliche Erfolge errungen habe.

Belgien und Holland

Brüssel, 13. November.

„La Derniere Heure" meldet, daß der belgischen Regierung am Mittwoch das Ergebnis der in Holland angestellten Untersuchung über den Zwischenfall von Breckens, wo eine belgische Fahne verbrannt wurde, zugegangen ist. Daraus geht hervor, daß der gemeldete Vorfall den Tatsachen entspreche. Die belgische Regierung werde an die holländische eine Note richten, in der Aufklärung und gegebenenfalls Genugtuung verlangt werden. Das Blatt fügt hinzu, daß die holländische Regierung ihrerseits eine Untersuchung angeordnet habe, und daß man annehme, daß sie angesichts der Tragweite der Tatsache die nötige Entschuldigung und Genugtuung leisten werde.

„Libre Belgique" meldet aus dem Haag, der holländische Minister des Aeußern habe einem belgischen Diplomaten gegenüber erklärt, die holländische Regierung werde der belgischen Regierung für den Zwischenfall von Breckens, den sie lebhaft bedauert, volle Genugtuung leisten.

Der beste Schutz gegen den Bolschewismus

Budapest, 13. November.

Der nach Rumänien entsandte Sonderberichterstatter des „Az Est" hatte im Schloß Pelesch eine Unterredung mit König Ferdinand, der ihm u. a. folgendes sagte: Ich finde, das beste Schutzmittel gegen den Bolschewismus besteht in einer großzügig durchgeführten Bodenreform. Bei uns in Rumänien ist diese Reform bereits in Verwirklichung begriffen, und ich kann ruhig sagen, daß das zum Teil mein Verdienst ist. Ich bin überzeugt, daß in Agrarstaaten der Bolschewismus nur als eine kurzdauernde Krankheit auftreten kann, gegen die Bodenreform und Arbeitsgelegenheit die besten Argneien sind.

Erzberger gegen die „Deutsche Zeitung"

In der Klagesache des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Ztg", Dr. Ernst Bülck, ist diesem der folgende Eröffnungsbeschluß der Strafkammer I beim Landgericht I zu Berlin zugestellt worden.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung", Dr. Ernst Bülck, welcher hinreichend verdächtig erscheint, im Bezirk des Amtsgerichts Berlin-Mitte am 15. Oktober 1919 durch einen in der Abendausgabe der „Deutschen Zeitung" (Nr. 407) vom genannten Tage erschienenen Artikel mit der Ueberschrift „Ein Eingeständnis" den Reichsminister der Finanzen Erzberger durch beleidigt zu haben, und zwar öffentlich, daß er der Hinterer, der Minister habe mit seiner Behauptung in der Nationalversammlung, die Million Mark im Falle Mathes sei aus Privatmitteln bezahlt worden, neloge. — Vergehen gegen §§ 185, 200 des Reichsstrafgesetzbuches, § 20 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 — das Hauptverfahren vor der Strafkammer I des Landgerichts I in Berlin eröffnet.

Der Termin der Hauptverhandlung ist auf den 20. Nov. vormittags 9 Uhr, festgesetzt.

Die deutschen Abgesandten zur Arbeiterkonferenz in Washington, die bisher keine Schiffsplätze bekommen konnten, werden Ende dieser Woche von Berlin abreisen und sich am 18. d. M. in einem skandinavischen Hafen nach Amerika einschiffen.

Trauerfeier für Haase. Im Plenarsitzungssaale des Reichstags fand Donnerstag vormittag die Trauerfeier der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für ihren verstorbenen Führer Hugo Haase statt.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

44] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Das ist ja alles sehr interessant. Doch wenn Sie so viele Einzelheiten über das Aussehen jener Waffe wissen, dann wundert es mich umsomehr, daß Sie sie bei mir suchen."

„Sie behaupten also in allem Ernst, Sie wüßten nichts von jenem Dolch?" fragte der Untersuchungsrichter verblüfft.

„Nein — natürlich weiß ich nichts davon," antwortete sie in scheinbarer Ruhe.

„Und — Sie — — hören Sie, das ist mir unbegreiflich. Haben Sie nicht selbst Herrn Oswald Hildebrand gesagt, der Dolch sei in Ihrem Besitz?"

„Ich — ich soll — Herrn Oswald Hildebrand — —? Mein Gott, wie kommen Sie auf eine solch abenteuerliche Vermutung?"

„Es ist keine Vermutung, sondern Herr Hildebrand hat uns das selbst mitgeteilt."

„Herr Hildebrand — Herr Oswald Hildebrand hat Ihnen das gesagt?" stieß Laura Bürklin hervor. Ihre Augen glühten und ihr Atem flog. „Hören Sie, mein Herr, das glaube ich einfach nicht."

„Mein Fräulein, wollen Sie gütigst nicht vergessen, daß ich der Untersuchungsrichter bin!"

„Und wenn Sie auch der Untersuchungsrichter sind," rief Laura Bürklin mit unverminderter Heftigkeit, „so sage ich Ihnen dennoch ich glaube Ihnen das nicht. Das wäre ja Wahnsinn — Niederträchtigkeit — Das hätte Oswald Hildebrand niemals getan."

„Nun denn, ich versichere Sie und wiederhole Ihnen, Fräulein Bürklin," sprach der Untersuchungsrichter mit Entschiedenheit, „daß Herr Oswald Hildebrand gestern Abend Herrn Staatsanwalt Doktor Krell, dem Herrn Polizeirat Dorenbusch und mir alles mitgeteilt hat, was sich zwischen Ihnen und ihm sowie zwischen ihm und Ihrem Vater ereignet hat. Insonders verschwieg er, daß sowohl Ihr Vater als auch Sie ihm gewisse — hm — Eheanträge gemacht hatten. Damit kam erst der alte Herr Hildebrand hervor, als er sah, daß sein Sohn aus Zartgefühl und um Sie zu schonen, von all diesen Dingen schwieg. Ihr Vater hat nachweislich dem alten Herrn Hildebrand eine Photographie des jungen Herrn entwendet und sie Ihnen übergeben. Sie haben darauf — hm — ich meine — nun, kurz gesagt, Ihnen gefiel Oswald Hildebrand, und zwar so gut daß Sie sich mit einer gewissen Entschiedenheit sagten: Diesen oder keinen! Sie wünschten also, die Gattin Oswald Hildebrands zu werden. Diesen Wunsch übermittelte dann Ihr Vater dem alten Herrn Hildebrand — doch nicht mehr in Form eines Wunsches, sondern vielmehr eines brutalen Befehls. Das war ein Vorgehen, zu dem Herr Peter Bürklin sich auf Grund gewisser Zwangsmaßregeln, die er sich gegen Herrn Anton Hildebrand glaubte erlauben zu dürfen, mächtig drang fühlte —"

„Welch ein Wahnsinn!" zischte Laura Bürklin. Sie bemühte sich nun nicht mehr, den Vulkan, der in ihr kochte, vor den Blicken der beiden Herren zu verbergen.

„Auf gleiche Weise wie die Photographie nahm Ihr Vater auch den Dolch des Herrn Anton Hildebrand mit nach Hause — den Dolch, der ehemals auf dem Schreibtische des alten Herrn in der Villa Hildebrand lag. Mit diesem Dolch wurde das Verbrechen verübt. Vermutlich geriet der Mörder mit Ihrem Vater in einen Streit und ergriff im Verlaufe desselben die Waffe, die auf dem Schreibtische lag und stach Ihren Vater nieder. Diese Waffe nun suchten wir gestern wie eine Stecknadel, fanden sie jedoch nicht, so daß wir schließlich vermuteten, der Mörder habe sie mit sich genommen. Diese Vermutung aber verliert bei eingehendem Nachdenken viel an Wahrscheinlichkeit. Wäre die Waffe sein Eigentum oder hätte er sie mitgebracht, dann wäre die Sache anders. Die Waffe aber, die der Mörder im Impuls seines Zornes vor sich liegen sieht, ergreift und zu einer schnellen blutigen Tat benutzt, wird er mit Sicherheit sofort nach geschehener Tat von sich schleudern. Erscheint Ihnen das alles nicht logisch?"

„Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt, daß ich mit den Gepflogenheiten von Mördern absolut unbekannt bin. Ich kann Ihnen also gar nicht sagen, ob das, was Sie mir eben erläuterten, logisch ist oder nicht. Das ist eine Frage für Kriminalisten."

„Nun, ich meine, das ist eine Frage, die sich jeder Mensch mit einiger Denkgabe beantworten kann. Es gehört nur wenig Seelenkunde dazu."

„Aber was habe ich damit zu tun?"

„Das werde ich Ihnen nun sagen. Sie hatten gestern abend, bevor Oswald Hildebrand in das Zimmer trat, wo der Herr Staatsanwalt und ich bei der Leiche Ihres Vaters weilten, eine kurze Unterredung mit dem Herrn?"

„Meinen Sie mit Herrn Hildebrand?"

„Jawohl. Sie traten uns mit einer Lampe in der Hand entgegen. Gleich darauf schien Ihnen übel zu werden. Der Herr Polizeirat nahm Ihnen die Lampe ab, während Herr Hildebrand Sie in Ihr Zimmer geleitete. In dieser Zeit, bis der Herr Polizeirat zurückkam, haben Sie Herrn Oswald Hildebrand mitgeteilt, Sie hätten den Dolch gefunden und als Eigentum seines Vaters erkannt. Da der mutmaßliche Mörder aber vielleicht einst Ihr Schwiegervater sein würde, hätten Sie um ihn zu schonen, die blutbefleckte Waffe an sich genommen und verborgen."

„Sie meinen also, daß diese knapp drei Minuten mit genügt hätten, Herrn Hildebrand eine Liebeserklärung zu machen und zugleich die Bedingungen zur Schonung seines Vaters zu erläutern," rief Laura Bürklin mit einem hysterischen Auflachen.

„Nicht doch, Fräulein," entgegnete der Untersuchungsrichter ruhig. „Ihren Wunsch, Frau Oswald Hildebrand zu werden, hatten Sie ihm schon ein paar Stunden früher — vor Oswald Hildebrands Unterredung mit Ihrem Vater — ziemlich unzweideutig zu verstehen gegeben. Herr Hildebrand hat Ihnen ebenso unzweideutig geantwortet — und zwar in verneinendem Sinne. Sie mußten erfahren, daß Herr Hildebrand im Begriffe stehe, zu heiraten. Ihre — verzeihen Sie — etwas weltfremde Absicht, daß ein Verlöbnis durchaus nicht immer zu einer Ehe zu führen brauche, vermochte Herr Hildebrand nicht zu teilen, so daß diese interessante Unterredung ohne Resultat endigte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911141-15/fragment/page=0002

Der Kilian-Prozeß

Ferchlandt wird schwer belastet

Der Kriminalsergeant Wolf wird im Verlaufe der Zeugenvernehmung darüber gehört, ob sich Leute der sogen. „Sicherheitswehr" bei den Plünderungen im März beteiligt haben, und daß eine ganze Reihe von deren Mitgliedern wegen Delikte wegen vorbestraft gewesen ist. Der Zeuge hat verschiedene Leute, die schwere Vorstrafen hatten, u. a. einen gewissen Puhl, den er als Verräder dienstlich kannte, der an eines Tages als Begleitung eines Polizisten in der Stadt sah. Gleichfalls waren ihm ein gewisser Spieß, (?) und eine ganze Reihe anderer als mehr oder minder Verbrecher bekannt. Die Hallesche Schutzmannschaft bestand sich mehrfach bei dem A.-Mats-Attache der Polizei, Oberleutnant Reiwand, über die Zumutung der unliebsamen Rolle, fand aber kein Entgegenkommen. In einer gewerkschaftlichen Versammlung der hiesigen Schutzmannschaft wurde von Vertretern des A.- und S.-Rates, und zwar Jaenicke und Kilian, wie sich im Verlaufe der weiteren Vernehmung herausstellen dieselben Klagen übermittelt; eine Abstellung erfolgte aber auch nicht; die Polizisten mußten nach wie vor in Verbrechern Dienst versehen. Wie der Zeuge weiter bekundet, ist der Wunsch der Schutzmannschaft im S.-Rat einstimmig abgelehnt worden. Der S.-Rat stand gegenüber vorbestraften Verbrechern auf dem Standpunkte: „Was geschehen ist, soll vergessen sein!" — Derselbe Zeuge bekundet, daß ein Sicherheitssoldat namens Wiegand wegen Beteiligung an den Plünderungen zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Bei Wiegand hat der Zeuge Plündergut wie Betten von Seiden- und anderen Stoffen, Säcke voll Mehl und Zucker, Töpfe voll Goldsachen usw.) im Werte von 30 000 Mk. gefunden. Auch sein Flurnachbar und Kumpel, der „Sicherheitswehr" Strisch (?) hat sich schamlos an den Plünderungen beteiligt. Noch mehrere andere Sicherheitsleute sind gleichfalls nach Ausfage des Zeugen unter den Plünderern gewesen. — Bei der Erstürmung des Gerichtsgefängnisses in der Nacht vom 2. zum 3. März haben sich ein gewisser Just und ein gewisser Dummer besonders hervorgetan und den Sturm inszeniert. Auch ein vielfach schwer vorbestrafter Mann namens Wels („ein alter Kunde von uns", der Zeuge sich ausdrückt), war „Sicherheits"-Soldat des Rates. Als jener Wels eines Tages dem S.-Rat als der Geschäft eines Diebstahls verdächtig zugeführt wurde, entließ ihn hiesige Sicherheitsregiment und schickte ihn nach Ammendorf — zur Bewachung eines Polizeiagers. Zeuge Krim.-Sergeant berichtet weiter, daß die Kriminalpolizei dauernd in Diebstahlsangelegenheiten des Sicherheitsregimentes auf dem Thüringer Bahnhofe beschäftigt war. — Von Interesse ist eine weitere Aussage Wolfs: Etwa 8—10 Tage vor den hiesigen Unruhen hörte er auf einem Straßenbahnwagen der Linie 4 der Unterhaltung zweier Matrosen zu. Der eine Matrose sagte zu dem anderen: „Eine Revolution ohne Plünderung ist überhaupt keine Revolution! Na, in Halle wird es ja nächstens auch losgehen." — Nach einer viertelstündigen Pause wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Es erscheint der Zeuge Leirich jun. und sagt aus, daß er einen in einer Rede auf dem Marktplatz gesagt hat: „Gebt wie eine Mauer gegen die Regierungsleute!" Der nächste Zeuge ist Polizeiwachtmeister Hermann Kilian. Er gibt ein Bild von den Mannschaften des Sicherheitsregiments, die fast durchweg verlaust, schmutzig und unlustig waren. Helden seien sie nicht gewesen. Dähne erzählt u. a. einen Fall, wo sich ein Mann der Sicherheitswehr Furcht geweigert hat, durch die Schüsse zu patrouillieren, worauf er dem Gefängnis entlassen ist. Der folgende Zeuge Winkler ist ehemaliger Angehöriger der Marine und seit 1917 wegen Dienstuntauglichkeit entlassen. Er trat bei Gründung der Matrosenkompagnie in diese ein und bekleidete das Amt eines Fouriers. Seinen Aussagen nach haben sich Jaenicke und Henne an Ferchlandt gewandt und die Gründung der Matrosenkompagnie angeregt. Die Kompagnie ist aufgestellt, um angeblich die Regierung Ebert-Scheidemann zu stützen. Es wurden zuerst nur ehemalige Angehörige der Marine angenommen. Dies hat sich aber, wie der Zeuge weiß, sehr bald geändert; denn bereits nach vierzehn Tagen waren ihm Fälle bekannt, daß Leute in die Kompagnie eingestellt waren, die niemals der Marine angehört haben. Die Stärke der Kompagnie schwankte zwischen 120 bis 200 Mann. Das „Wettiner Hof" war für die Kompagnie eine Waffenkammer, die u. a. etwa 250 Reserve-Gewehre enthielt. Außerdem war im „Wettiner Hof" eine Waffenkammer des Soldatenrates, in der leichte und schwere Maschinengewehre, Gewehre und Karabiner lagen. In der ersten Januarwoche, als die Spannung zwischen Artillerie und Soldatenrat entstand, sollen plötzlich Leute aus dieser Kammer verschwunden sein. Nähere Angaben hierüber kann aber der Zeuge nicht machen. Ferchlandt hat sich fast ausschließlich bei der Matrosenkompagnie auf. Den Angeklagten hat der Zeuge, wie er bestimmt sagen kann, ein- bis zweimal in der Charlottenschule mit Jaenicke zusammen gesehen. Er glaubt, ihn auch öfter im „Wettiner Hof" gesehen zu haben. Zeuge gibt weiter an, daß er der Meinung sei, wie Ferchlandt sagte: „Wenn ihr noch einmal so Dummheiten macht, wie Flugblätter verbrennen, Besetzen einer Reichsbank, Zertrümmern von Sachen, dann macht die Arbeiter alle!" (Die Matrosenkompagnie trug im Dienst laut Dienstvorschrift Armbinden.) Der Zeuge hat das Gefühl gehabt, daß solche Sachen, von denen Ferchlandt gesprochen hat, zwar nicht direkt befohlen wurden, aber doch gern gesehen waren. Die angeführten Aussagen des Zeugen scheinen nicht mit den Angaben, die er früher vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat, übereinzustimmen. Daraufhin beantragte der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, die Protokollierung. Das Gericht fällt hierauf den Beschluß ein. Es wird beschlossen, daß der Vorsitzende den Zeugen über die Waffenkammer des Wettiner Hofs nach Ammendorf. Zeuge kann hierüber nicht viel sagen, er hat von allem nur gehört. Die Aussagen des Zeugen sind im ganzen etwas unklar, da er bei den einzelnen Fragen des Vorsitzenden vielfach erst wieder sein Gedächtnis anstrengen muß. Als bestimmt gibt er dann weiter an, Ferchlandt habe sich vor einem großen Teil der Kompagnie einmal geäußert, daß sie gegen die Regierung arbeiten, öffentlich allerdings den Schein bewahrten, schon allein um Geld zu bekommen, im Innern dächten sie aber ganz anders und wollten die Regierung, besonders Ebert, Noske und Scheidemann, zu stürzen. Henne, Meiseberg und Saß haben dann, örtliche Vorsitze hätten keinen Zweck, sie seien aber dabei, höhere Putsche vorzubereiten. Da der Zeuge hier war und sich viel in der Kompagnieschreibstube aufhielt, hat er mehreren Versammlungen zugehört. Er berichtet von einer vertraulichen Besprechung, die in der Nacht vom 11. zum 12. Januar stattfand, an der Ferchlandt und die Vorsitzenden der anderen Kompagnien teilnahmen. Bei dieser Besprechung sind Abgeordnete aus Ammendorf erschienen und haben erklärt, die Arbeiterschaft in Ammendorf sei bewaffnet bereit, um mit dem Soldatenrat gegen die Reichstreuen einzugreifen. Der Zeuge hat Ferchlandt einmal in Gesellschaft eines Mannes gesehen, der einen ausländischen Akzent sprach. Eines Tages seien in der Kompagnie Leute gemeldet worden, die einen Militärtransport, der für Berlin bestimmt war, aufhalten sollten. Es wurde den Leuten gesagt, daß die Truppen keine Regierungstruppen seien, sondern Feldtruppen, die sich den jetzigen Verhältnissen nicht fügen wollten. Der Zug sollte auf ein drittes Gleis geführt werden. Dies gelang nicht, der Zug fuhr durch. Daraufhin wollte man den Linienkommandanten, Graf Westarp, verhaften.

Jetzt erscheint Assessor Strauch. Er legt zunächst dar, daß alles, was er protokolliert hat, den Leuten, die die betreffenden Aussagen gemacht haben, langsam und deutlich vorgelesen worden ist. Er habe immer darauf hingewiesen, daß, wenn jemand etwas ändern wolle, er es sagen solle. Seinen Erinnerungen nach ist das Ablegen der Armbinden bei zweifelhafter Tätigkeit als ein Allgemeinbefehl aufgefaßt gewesen; es sollte etwa heißen: „Ihr könnt Dummheiten machen, soviel ihr wollt, aber legt die Armbinden dabei ab." Er entkünnt sich daß einmal ausgesagt worden ist, Ferchlandt habe zu den Leuten gesagt: „Auf der Straße kenne ich euch nicht, aber wenn ihr sonst etwas wollt, dann kommt nur zu mir." — Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, fragt den Zeugen Winkler, wie er diese Aeußerung aufgefaßt habe; sie sei doch an sich sinnlos. Der Zeuge erklärt, daß Ferchlandt nicht auf der Straße angeredet sein wollte, da er sofort den Verdacht erweckte, als verbende er mit Spartakisten. Der Zeuge hat Ferchlandt nie in Matrosenuniform gesehen. Assessor Strauch erklärt ebenfalls, daß bei der Vernehmung ausgesagt worden ist, Ferchlandt habe Matrosenuniform getragen, besonders, als seine Verhaftung bevorstand. Er habe da sogar mit den Matrosen zusammen gesehlafen.

Weiter erscheint als Zeuge der Polizeiwachtmeister Wilhelm Kreutzer, der folgendes aussagt: Ein Sicherheitssoldat habe ihm erzählt, man könne jetzt nur Mitglied des Sicherheitsregimentes werden, wenn man Angehöriger der U. S. P. sei. Dieser Mann, der viel auf dem Bahnhof Posten gestanden hat, sagte dann auch, man sei doch dumm, wenn man auf Posten Gelegenheit hätte, etwas mitzunehmen, und dies nicht täte. Der Zeuge schilderte die Sicherheitssoldaten ebenfalls als furchtbar unsauber, oft seien sie, wenn sie auf Posten gehen sollten, die ganze Nacht verschwunden. — Der nächste Zeuge ist Heinrich Mieschner, Schriftleiter der „Saale-Zeitung". Der Vorsitzende legt ihm einige Nummern der „Saale-Zeitung" vor, in denen Artikel stehen, die Mieschner verfaßt hat und als deren Verfasser er sich auch bekennt. Das Gericht hat zu jedem angezogenen Bericht der „Saale-Zeitung" den korrespondierenden Bericht des „Volksblattes" angezogen. Der Zeuge erzählt die Vorgänge in der „Saale-Zeitung" beim Verbrennen der Flugblätter und die Verhandlungen mit dem S.-Rat. Kilian wollte die Zeitung zwingen, einen Bericht zu dementieren, den sie über eine Versammlung des S.-Rates gebracht hatte. Kilian, der sonst immer für Pressefreiheit war, erklärte hier: „Was heißt Freiheit? Jetzt haben wir die Macht!" Dann erzählt der Zeuge, er habe eine Rede Kilians gehört die dieser am 24. Februar am Händeldenkmal gehalten hat. Die Rede habe einen äußerst hetzerischen Charakter getragen. Kilian habe dort u. a. gesagt: „Die Verhaftung Ferchlands ist das Werk jener reaktionären Kreise, die auch die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs bewirkt haben." Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, wie er sich zu seinen Aeußerungen über die Pressefreiheit stelle. Der Angeklagte erklärt: „Wir hielten uns für die höchste Staatsgewalt und konnten nicht erst das Gericht anrufen, sondern mußten bei solchen dringenden Fällen unsere Sache selbst führen." Der Verteidiger Herzfeld fragt den Zeugen, in welchem Sinne er die Rede Kilins am Händeldenkmal für hetzerisch gehalten habe. Zeuge erklärt, er habe das Gefühl gehabt, daß Kilian damit die Klassen gegeneinander aufhetzen wollte.

Die Verhandlung wird um 3/3 Uhr bis Freitag vertagt.

Halle für die Südlinie des Mittellandkanals

Der städtische Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten und Verkehrswesen nahm am Mittwoch in einer Sitzung mit Vertretern des Magistrats Stellung zur Frage des Mittellandkanals und entschied sich einstimmig für den Anschluß an die Südlinie, an die alle wichtigen Industriegebiete Mitteldeutschlands angeschlossen werden. Zur Durchführung dieses Projektes ist die Kanalisierung der Saale von Halle bis Bernburg notwendig. Auch soll die Saale auf dieser Strecke für 600 Tonnen-Schiffe schiffbar gemacht werden. Der Saale-Kanal wird an der wilden Saale entlang bis zum Weinberg geführt werden, dann in der Richtung Nietleben—Paßendorf weiterlaufen und in der Nähe der Rabeninsel wieder in die Saale einmünden. Bei Merseburg wird durch den Saale-Elsterkanal die Verbindung mit Sachsen hergestellt.

Deutschnationaler Jugendbund

Eröffnungsfeier der Lehrgänge für nationale Jugendbildung.

Am 10. November fand im „Kaiser Wilhelm" die Eröffnungsfeier der Lehrgänge für nationale Jugendbildung statt. Der Saal war sehr gut besucht, hat ja doch gerade die Jugendbildung ein großes Interesse bei den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Die Feier wurde mit einer Begrüßungsansprache des cand. phil. Jaene eröffnet, der über das erfreuliche Anwachsen der deutschnationalen Jugendbewegung sprach und besonders hervorhob, daß bis jetzt fast 1000 Mitglieder eingetragen seien. Sie müssen die Schlacken fallen. So wurde der D. N. J. gegründet. Nur national will er sein, nicht jeder ist es, der sich gefällt darüber hält. Wer sich die Zipfelmütze über den Kopf zieht, und in der Ruhe die erste Bürgerpflicht sieht, genügt nicht unseren Ansprüchen. Platonische Vaterlandsliebe ist nicht ausreichend. An ihren Früchten soll ihr sie erkennen. Vaterland über das eigene Ich, aber auch über die Menschheit. Schämt Euch vor den Franzosen! Darum gilt's, nationalen Stolz zu fördern, durch deutsche Geschichte und Vorgeschichte gilt's, der Jugend zu zeigen, daß Männer die Geschichte machen, nicht Massen, gilt's, ihr Verständnis für nationale Fragen beizubringen. Selbst ist der Mann, selbst ist das Volk, nicht auf andere Völker darf es trauen. Die Welt ist nicht auf Gleichheit, sondern auf Ungleichheit gestellt. Auf Ungleichheit der Völker, aber auch auf Ungleichheit der Menschen im Volke. Volksmohl ist nicht Summe des Einzelglückes, sondern Einzelglück ist nur möglich, wenn es dem Vaterland gut geht.

Vorträge über Handel, Industrie und Landwirtschaft sollen die Jugend in die wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens einführen, an die sich dann Vorträge über Bürgerkunde und soziale Fragen anschließen. Der Arbeitsplan des D. N. J. beruht auf Deutschkunde, eine kleine nationale Volkshochschule für die Jugend. Der Redner schloß mit den Worten des Mannes, der an diesem Tage, den 10. November, geboren wurde: „Das Reich muß uns doch bleiben."

Darauf wurde spontan aus der Reihe der Anwesendlichen „Ein' feste Burg ist unser Gott" angestimmt. Die Versammlung sang stehend den ersten Vers.

Daran schloß sich eine Rede des Obersekundaner Koch von der städtischen Oberrealschule, der denjenigen dankte, die sich bereit erklärt haben, die Jugend durch Vorträge über die verschiedensten Gebiete zu belehren und zu bilden. Das sei doch für die Jugend von unendlich großer Wichtigkeit und Bedeutung. Das reichhaltige Programm, das für das kommende Semester aufgestellt sei, habe bei allen Bundesbrüdern und -Schwestern eine große Freude erregt. Redner sprach darauf über den Zusammenhang des D. N. J. mit der Deutschnationalen Volkspartei. „Wir dürfen", so sagte er wörtlich, „nicht stehen bleiben bei dem, was erreicht, wir dürfen nicht sagen: nun sind wir fast 1000, nun sind es genug. Nein, die ganze deutsche Jugend müssen wir zu umfassen suchen, ganz gleich, welcher Parteirichtung ihre Eltern auch immer angehören mögen! Und nur derjenige unter uns, soll das stolze Gefühl haben dürfen, unserem Volke den höchsten und besten Dienst erwiesen zu haben, dem es in unermüdlicher Arbeit gelingt, Kinder zu uns zu führen, deren Väter auf der Linken, vielleicht sogar auf der äußersten Linken des Parteigetriebes stehen. Sie alle sind ja Deutsche!"

Er schloß mit dem Bekenntnis:

„Deutschland, Allmutter, ich liebte Dich, da Du groß warst und stolz und mächtig, nun, da Du am Boden liegst, machtlos geknechtet, verachtet, nun um so heißer muß ich Dich lieben. Stolz bin ich trotz allem nun um so mehr. Stolz bin ich, ja stolzer, ein Deutscher zu sein."

Mit dem gemeinsamen Gesang des Bundesliedes „Deutsche Jugend, auf zum Streit, rüste Dich mit Herz und Hand" schloß die Versammlung.

Telegramm-Erlaß des Eisenbahnministers

Zur Hebung der gesunkenen Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen gibt Minister Oeser soeben einen Telegramm-Erlaß heraus, in dem Vorgesetzte und Untergebene ermahnt werden, den Anordnungen des Ministers und der Eisenbahndirektionen unbedingt, willig und verständnisvoll nachzukommen. Es heißt darin u. a.: „Ein festes und entschiedenes Auftreten der Vorgesetzten könne in seiner Stimmform entbehrt werden", andererseits sei es es notwendig, in der Form der Anordnung alles zu vermeiden, was von den Nachgeordneten etwa als Nichtachtung ihrer Persönlichkeit gedeutet werden könnte." — „Vorgesetzte, die in diesem Sinne ihre Aufgaben auffassen und erfüllen, können des unbedingten und nachdrücklichen Schutzes der Staatsregierung sicher sein."

Nach einer Anerkennung der im allgemeinen treuen Pflichterfüllung und großen Leistungen der Dienstvorsteher droht der Minister ungeeigneten Vorgesetzten, besonders solchen, die es an dem nötigen Willen fehlen lassen, nicht nur mit Entfernung von ihrem Posten, sondern auch mit Pensionierung. „Die Augen des Vaterlandes sind mit Spannung auf die Eisenbahn gerichtet, von ihr wird die Rettung vor den uns alle bedrohenden Entbehrungen des kommenden Winters erwartet. Ehrenpflicht der Eisenbahn-Verwaltung und jedes Bediensteten bis zum jüngsten Arbeiter ist es, diese Erwartung der Volksgenossen nicht zu täuschen. Deshalb muß für jetzt alles hinter den Willen zu treuester Pflichterfüllung und ernsthafter Arbeit zurücktreten."

— Angehörige von deutschen Kriegsgefangenen, die aus amerikanischer Gefangenschaft (von französischem Boden), italienischer oder belgischer Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt sind, von denen aber mit Bestimmtheit jetzt angenommen wird, daß sie noch am Leben und nicht freiwillig in den feindlichen Staaten verblieben sind, werden gebeten, folgende Anfragen an das Kriegsministerium (Abwicklung U 1—5, U. Schützenstraße 63) zu übersenden, damit Nachforschungen angestellt werden können: Personalien, Regiment, Datum der Gefangenschaft, letzter Aufenthaltsort und letzte Nachricht.

— Die Hallesche Kunstausstellung in der Oberrealschule am Wettiner Platz ist so außerordentlich reich beschickt worden, daß schon wegen Mangels an Platz viele Arbeiten zurückgewiesen werden mußten. Die Ausstellung wird einen ziemlich vollständigen Ueberblick über die Leistungen der Halleschen Künstlerschaft geben und ist deshalb für jedermann sehenswert. Die Eröffnung findet vor geladenen Gästen am Sonnabend, für die Allgemeinheit am Sonntag vormittag um 10 Uhr statt. Sämtliche Aussteller werden gebeten, wegen Abholung etwa nicht verwendbarer Arbeiten möglichst schon am Freitag zwischen 9 und 4 Uhr in der Ausstellung selbst vorzusprechen.

Provinz Sachsen

e. Alsleben (Saale), 13. Nov. (Die Stadtverordnetenversammlung) genehmigte den Ankauf des zur Anlage industrieller Unternehmungen vorzüglich geeigneten Stadtbusches in einer Größe von rund 38 Morgen von der Herzoglichen Hofkammer in Dessau zum Preise von 1800 Mk. pro Morgen. (Gefordert waren 2000 Mk., geboten 1500 Mk.) Dem Oberamtmann Druckenbrodt, der das Gelände noch bis Johanni 1921 gepachtet hat, soll für jeden Zutzeit landwirtschaftlich genutzten Morgen (insgesamt 29) 50 Mk. Ablösen und erbeten. Die insgesamt hierzu notwendige Summe von rund 70 000 Mk soll im Wege einer Anleihe beschafft werden. Für Einrichtung und Unterhaltung einer Volksküche wurden 10 000 Mk. bewilligt.

— Magdeburg, 13. Nov. (Ein 80 Millionen-Darlehen der Stadt.) Die Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung vom 25. September beschlossen, den Magistrat zu ermächtigen, in die Vorbereitung für die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 80 Millionen Mark einzutreten.

e. Bernburg, 13. Nov. (Für das Stadtgut in Dröbel), das die Stadt Bernburg im Herbst 1917 erwarb, um eine bessere Belieferung der Bürgerschaft mit landwirtschaftlichen Produkten herbeizuführen, ist jetzt der erste Geschäftsabschluß vorgelegt worden, der die Ausgaben von anderthalb Jahren, die Einnahmen aber nur von einem Jahre (Ernte 1918) umfaßt. Trotzdem ist ein Reinegewinn von rd. 15 000 Mk. erzielt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung balanziert mit rund 238 000 Mark. Das rund 500 000 Morgen große Gut ist für 750 000 Mark gekauft worden. Heute balanziert die Vermögensabrechnung mit 834 000 Mark, obschon in allen Positionen keine Kriegswerte, sondern nur dauernde Werte eingesetzt worden sind. Die Vermögensverbesserung beruht in der Hauptsache auf Verbesserung und Vermehrung des Viehbestandes. Schaf- und Schweinezucht sind neu eingeführt worden. Den 35 000 Mark Einnahmen aus Schlachtvieh- und Viehverzehrungsnissen stehen 74 000 Mark für Neuanschaffungen von Vieh gegenüber. Für Instandsetzung der Gebäude und Innentarien und für Neuanschaffungen sind erhebliche Kosten aufgewendet worden, die in demselben Umfange später nicht mehr nötig sein werden. Die Stadt hat, wie ausgeführt wird, nicht die Absicht, aus der Anlage großen Gewinn zu ziehen, sondern sie im Kaufe der Zeit zu einem Mustergut zu machen.

e. Bernburg, 13. Nov. (Vereitelter Fluchtversuch.) Vor einigen Tagen versuchte der im hiesigen Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befindliche Viehfelbwebel Bär, der hier bei der Reichswehr mit falschen Papieren als Offizier eintrat und das Bataillon um 1000 Mk. betrog, auszubrechen. Er hatte mit einer aus dem Fenstergitter gelösten Eisenstange bereits die Mauer durchstoßen, als die Gefängniswärter aufmerksam wurden und das Vorhaben vereitelten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911141-15/fragment/page=0003

R. Dessau, 13. Nov. (Verschiedenes.) Der Staatsrat hat einen Gesetzentwurf in Bearbeitung, durch den ein schneidende Vorschläge wegen Verkürzung und Vereinfachung des Instanzenganges in der Verwaltung gemacht werden. Die Kollegialinstanzen — Finanzdirektion, Regierung des Innern und des Schulwesens — kommen in Fortfall; an ihre Stelle tritt reinerlei Neubildung. Vielmehr werden ihre Geschäfte, soweit sie nicht den unteren Verwaltungsbehörden übertragen werden können, vom Staatsrat direkt erledigt. — Den Forst- und Jagdbeamten ist wegen der immer bedrohlicher werdenden Wilderei eine erhebliche Freiheit im Gebrauch der Waffen eingeräumt worden. — Die verfassungsgebende anhaltische Landesynode ist auf den 21. November nach Dessau einberufen worden.

R. Dessau, 13. Nov. (Rücktritt des Präsidenten Lange.) Der erste Finanzbeamte des Landes, Präsident Lange, wird morgen sein Amt nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit niederlegen. Sein Nachfolger ist der bisherige Kreisdirektor Dr. Knorr, der sein Amt bereits am Montag antritt. — Dem Geh. Regierungsrat Kurt Müller wird in nächster Zeit der neu geschaffene Posten eines Ministerialdirektors übertragen werden.

s. Aken, 13. Nov. (Verschiedenes.) Im Kreise Calbe sind die Stadt Aken und Groß-Salze am schlechtesten mit Kohlen beliefert worden, da sie noch auf 16 bzw. 17 Bezugsscheine Kohlen zu erhalten haben. Die Rickerschen Montanwerke sollen sich bereit erklärt haben, der Stadt Aken auf Bezugsscheine Kohlen zu liefern. — Für 17 städtische Angestellte ist ein Jahrestarif von 50 500 Mark angenommen. — In den Vorstand der neuen städtischen Sparkasse sind gewählt worden die Herren: Justizrat Herrmann, Stadtverordnetenvorsteher Ecke, Fabrikbesitzer Tarnhöler und Prokurist Porsch von der Hafen-Lagerhaus-Gesellschaft. — Auf der Strecke Aken—Cöthen verkehren noch nur einfädiger Ausfall sämtliche fahrplanmäßigen Züge. — Für die Kriegsgefangenen, die wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, finden hier am 13. und 14. November Begrüßungsabende mit Gesangsvorträgen und sonstigen Darbietungen statt. Die Kassenerträge sind zum Besten der Kriegsbeschädigten bestimmt.

— Nudolstadt, 13. Nov. (Todesurteil.) Vom Schwurgericht wurde der Schlosser Wilhelm Gerd aus Saalfeld wegen vorsätzlichen Mordes in zwei Fällen zum Tode verurteilt unter dauerndem Abspruch der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Angeklagte hat in der Nacht zum 13. Mai d. J. seine Frau Auguste geb. Höfer und seinen Sohn durch Revolverschüsse getötet. Der Angeklagte ist seit 1911 verheiratet und hat früher mit seiner Frau glücklich gelebt.

— Leipzig, 13. Nov. (Im Befinden Professor Max Klingers), der kürzlich einen Schlaganfall erlitt, ist eine Wendung zum Schlimmeren eingetreten. Man hegt ernste Besorgnisse.

— Plauen i. V., 13. Nov. (Lohnende Arbeitslosigkeit.) Die Arbeitslosenunterstützungen haben an manchen Orten vielfach eine Höhe erreicht, die die Entlohnung vieler, täglich in angestrengter Arbeit tätigen Personen um ein Beträchtliches, häufig wohl gar um das Doppelte übersteigt. So haben jetzt die Arbeitslosen in Plauen in zwei stark besuchten, sehr tumultuarisch verlaufenen Versammlungen Unterstützungen bis zum Höchstsatz von 127,50 Mk. wöchentlich gefordert, was einem Jahreseinkommen von über 6600 Mk. entspricht. Doch nebenbei noch eine Entschädigungssumme verlangt wird, die rund 8 Millionen Mark erfordert, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

„H.J." Sportberichte

— **B. f. L., Leichtathletik-Abteilung.** Zu der Schnitzeljagd am Sonntag treffen sich alle Teilnehmer und Gäste um 9 Uhr am Kaffee Diehze, Mühlweg. Von hier aus soll der Weg nach dem Start im „Waldkater" gemeinsam zurückgelegt werden. Das Training nächsten Sonnabend muß wegen der am gleichen Tage stattfindenden Fußballversammlung ausfallen. Im übrigen bleiben die Uebungsstunden Mittwoch und Sonnabend von 7—9 Uhr im Stadtgymnasium bestehen. Von jetzt ab liegt dort ständig die Anwesenheitsliste aus.

Winter im Harz. Der Winter ist mit aller Strenge in die Harzwälder eingezogen. Zu Beginn der vergangenen Woche konnte man abends und nachts noch den Schrei der Brunstirsche vernehmen, dann setzte am Dienstag leichter Schneefall ein, der im Oberharz auch noch an den folgenden Tagen anhielt. Am Sonntag brachte ein Schneesturm große Schneemengen nieder, so daß das ganze Harzgebirge, besonders aber der Nord- und Westharz große Schneelager aufweist, die sich an vielen Stellen zu meterhohen Schneedünen auftürmen. An den hochgelegenen Stätten des Oberharzes, ferner auf den Höhen um Torfhaus, Oderbrück, Sonnenberg, Brocken, Schierke steigt die Kälte nachts bis auf 10 Grad. Selbst tiefgelegene Orte wie Clausthal, Braunlage, St. Andreasberg, Gernrode zählen durchmeg 6 Grad Kälte. Die Teiche um Clausthal-Zellerfeld, der Oberteich am Rehberger Graben u. a. m. sind fest zugefroren. Aus den norddeutschen Städten, wie Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Bremen, Hamburg und Berlin, aus Leipzig und aus Westfalen sind bereits zahlreiche Wintersportler in den Wintersportvorortieren eingetroffen trotz der Personenzugsperre. Schierke, Braunlage, der Brocken, Torfhaus, Oderbrück, Sonnenberg, St. Andreasberg und Scharfenstein erhalten täglich Schneeschuh- und Rodelsportler und alle Rodelbahnen sind im Betriebe. An einzelnen Plätzen werden die Sprungschanzen für Schneeschuhläufer in Ordnung gebracht. Mehrfach werden schon Schlittenfahrten in die herrliche Winterlandschaft unternommen. Der Wasserfall Romkerhall im Okertal hat eine prachtvolle Vereisung angesetzt, ebenso der Radau-Wasserfall bei Bad Harzburg. Wundervoll ist in den dichten Fichtenwaldungen der Schneebehang der Bäume, besonders in den höheren Lagen dem Brocken zu. Der Weg Harzburg—Molkenhaus—Torfhaus—Goethe-weg—Brocken ist noch zu begehen, allerdings nur von kräftigen Leuten, auch der Abstieg über Forsthaus Scharfenstein nach Harzburg ist noch passierbar; am sichersten ist es, derartige Wanderungen mit Schneeschuhen oder Schneereifen zu machen. Das herrliche Bodetal ist jetzt für den Sport- und Tourenverkehr geschlossen.

Ha. Prof. Dr. Berger, der Nachfolger des alten Turnvaters Goetz, der neue Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, ist ein Mitbürger der Stadt Aschersleben. Herr Professor Dr. Berger ist am 10. April 1862 zu Torgau als Sohn eines Postsekretärs geboren. Er besuchte die Gymnasien in Torgau und Sangerhausen und erhielt Ostern 1880 das Reifezeugnis. Er studierte von 1880 bis 1885 in Leipzig Mathematik und Physik. 1884 bestand er die Turnlehrerprüfung und das Staatsexamen und wurde Dr. phil. im März 1885. Nach seinen Probejahren war er Oberlehrer und Hauptlehrer am König Wilhelms-Gymnasium zu Magdeburg bis 1911 und dann bis 1912 am Dom-Gymnasium ebendaselbst tätig. Seit Ostern 1912 ist er Leiter des Aschersleben Realgymnasiums. Gedient hat er bei der Infanterie im Jahre 1880 und ist Major d. L. seit 1915. Der Rote Adlerorden 4. Klasse wurde ihm bereits 1905 verliehen. Er ist auch Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse. Herr Professor Dr. Berger ist ein Mann von echt deutschem Wesen. Er steht schon über ein Menschenalter im Dienste der Deutschen Turnerschaft. Zuletzt bekleidete er das Amt des Vorsitzenden des Turnkreises III c. Da er selbst noch fleißig mitturnt und trotz seines Alters ein ausgezeichneter Turner ist, so verspricht er in seiner neuen Stellung über die nötige „Rach- und Sachkenntnis". Die der Deutschen Turnerschaft angehörigen, viele hunderttausend Mann zählenden deutschen Turner können sich daher seiner Führung gern anvertrauen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die zukünftige deutsche Handelspolitik

In der begründenden Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat Dr. Schneider, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in einem groß angelegten Vortrage die handelspolitischen Möglichkeiten Deutschlands erörtert. Die behandelten Fragen sind von allgemeiner Bedeutung, denn für den Wiederaufbau Deutschlands ist die Beteiligung am Welthandel, die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen zum Auslande ein unumgängliches Erfordernis. Dr. Schneider faßte seine Ausführungen in folgendem Schlußwort zusammen:

„Vom 1. November 1919 bis zum 1. Mai 1920 sind wir in jeder Hinsicht gebunden. Selbst die Möglichkeit, unsere Zollsätze in den alten gesetzlichen Beträgen, also in Gold, zu erheben, scheint gegenwärtig unserem Willen entzogen und der Entschädigung unserer bisherigen Feinde anheimgegeben.

Nach diesen einen 6 Monaten folgen 30 Monate bom 1. Mai 1920 bis zum 1. November 1922, in denen wenigstens mit gewissen Einschränkungen ein neuer Zolltarif für Deutschland möglich ist, und in denen auch Handelsverträge möglich sind, wobei uns freilich unsere besten Kompensationsobjekte fehlen. Alsdann drei Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages hat Deutschland zwar die volle Zollautonomie, es muß jedoch Elsaß-Lothringen und Luxemburg noch zwei Jahre lang zollfreie Einfuhr gewähren und ebenso zwei Jahre lang die einseitige und uneingeschränkte, unbindbare Meistbegünstigung ohne Gegenleistung geben. Endlich fünf Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages hat der Rat des Völkerbundes über Ablauf oder Einschränkung dieses einseitigen Meistbegünstigungsverhältnisses zu beschließen.

So ist unsere Lage: Wir liegen am Boden wie einer, über den der Wagen des Unglücks hinweggerollt ist, und der nun seine Knochen betastet und sich den Schaden besieht, was noch ganz ist. Viel ist nicht mehr ganz! Wir müssen zunächst einmal im Gipsverband liegen. Sechs Monate handelspolitisch starr und unbeweglich, dürfen kein Glied rühren, dann 30 Monate Bewegungsfreiheit, aber gebundene Hände, dann eine Autonomie, die auf dem Papier steht, denn wir bleiben wehrlos und bleiben Lohnsklaven der Welt."

Der Mitteldeutsche Braunkohlenbergbau

Marktbericht für den Monat Oktober 1919.

Im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung im Monat Oktober gegen den Vormonat leicht gebessert, blieb aber im allgemeinen hinter dem Oktober des Vorjahres noch etwas zurück. Wesentlich beeinträchtigt wurde der flotte Geschäftsgang durch den empfindlichen Wagenmangel, der sich stellenweise auf über 50 % der angeforderten Wagenmenge belief.

Es machte sich durchweg ein höheres Angebot an angelernten Arbeitskräften als im Vormonat geltend, das im wesentlichen auf die Heimkehr der Kriegsgefangenen zurückzuführen ist. Im gelernten Häuern, Handwerkern und Baggerführern herrschte dagegen nach wie vor empfindlicher Mangel. Verschärft wurde dieser noch in manchen Fällen durch die Unmöglichkeit hinreichender Wohnungsbeschaffung für die neu angelegende Belegschaft.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde zu Halle am 16. Oktober mit rückwirkender Kraft vom 7. Oktober ein allgemeiner Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau abgeschlossen. Es fanden wesentliche Lohnerhöhungen statt. Der Mindestschichtlohn für Häuer beläuft sich auf 19, in den Bezirken Borna, Meuselwitz, Zeitz-Weißenfels, Geiseltal, Halle, Oberröblingen, Bitterfeld, Anhalt, Magdeburg, Braunschweig, Niederlausitz und auf 18 Mk. in den Bezirken Lichterfelde, Fort. Oberlausitz und Kassel. Die tägliche Arbeitszeit bemißt sich auf acht Stunden einschließlich einer halbstündigen Pause. Für die Arbeiter unter Tage rechnen Einfahrt und Ausfahrt in die Arbeitszeit hinein. Durch diese Bestimmung erfuhr für einen großen Teil der Gruben die Arbeitszeit der über Tage Beschäftigten eine Verkürzung von einer halben Stunde die unter Tage Beschäftigten von 15 Minuten. Für die bayerischen Gruben schweben noch Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags.

Ueberarbeit wurde in größerem Umfange nicht geleistet, doch wurden von den Belegschaften mancher Gruben zwecks Linderung der herrschenden Brennstoffknappheit freiwillige Sonntagsschichten verfahren, auf anderen Gruben wurden sie bereits abgelehnt. Kleine örtliche Streiks fanden nur vereinzelt statt und wurden rasch beigelegt. Außergewöhnliche Ereignisse sind aus dem Berichtsmonat nicht zu melden.

Industrie, Handel Handwerk,

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. d. Saale (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 10. d. M. für Kohlen, Kets, Briketts und Preßsteine gestellt 4891 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 1528 Wagen; am 11. d. M. wurden gestellt 4285 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 1382 Wagen.

Verbesserung der Wagengestellung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Infolge der Verkehrssperre stieg die Zahl der bestellten Wagen im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk von 48 auf 75 Prozent.

Der Kupferblechverband hat den Verkaufspreis abermals um 90 auf 2140 Mk. für den Doppelzentner erhöht.

Lohnerhöhung bei den Elbschiffern. Die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften A.-G. zu Dresden erhielten von der anhaltischen Regierung die Erlaubnis, den Lohnschlepptarif für die Schiffahrt auf der Saale vom Jahre 1880 um 180 Prozent zu erhöhen, rückwirkend vom 1. September d. J.

Keine Kalilieferungen nach Amerika. Die Verhandlungen des Kalisyndikats mit den amerikanischen Behörden, die darauf hinausgingen, Kali im Austausch von Waren nach den Vereinigten Staaten zu exportieren, sind nach der „D. A. Z." auf einem toten Punkt angelangt. Die amerikanischen Beschaffungsbehörden im besten Gebiet hatten Waren angeboten, die sie auf ca. 1½ Milliarden Mark schätzten, und man handelte es sich in der Hauptsache um Textil- und Lederzeugnisse. Das Kalisyndikat ist jedoch nicht im entferntesten in der Lage, eine auch nur annähernd in große Menge Kali zu liefern, um die angebotenen Waren hereinzubekommen.

Aktiengesellschaften

Nordhausen-Wernigerode Eisenbahn-Gesellschaft. Die Generalversammlung hat den Abschluß für 1918/19 genehmigt, nach welchem sich der Verlustvortrag um 42 258 Mk. auf 267 431 Mk. ermäßigt. Die augenblickliche Geschäftslage wird seitens der Verwaltung als gut bezeichnet.

A.-G. Lauchhammer. Die Gesellschaft teilt mit, daß die Arbeitslust auf ihren Werken eine erfreuliche Steigerung aufweise.

Geldmarkt und Banken

Valutahypotheken. Reichsjustizminister Schiffer kündigte vor kurzem an, daß das ausländische Kapital durch Gestattung von Valutahypotheken zu vermehrter Kreditgewährung ermutigt werden solle. Bisher durften Hypotheken nur in Markwährung eingetragen werden, während es jetzt möglich wäre, auch in ausländischer Währung Hypotheken aufzunehmen. Dadurch würde für die ausländischen Geldgeber das Valutarisiko fortfallen. Diese Valutahypotheken würden allerdings nur für große Unternehmungen in Frage kommen. Es muß für jeden Fall die Genehmigung des Finanzministers eingeholt werden.

Zur Erweiterung des Berliner Börsenverkehrs. Eine Commission des Berliner Börsenvorstandes hat sich gestern mit der Frage befaßt, auf welchem Wege eine technische Verbesserung, namentlich eine Erleichterung des Effektenhandels in Berlin werden, möglich ist. Gleichzeitig erörterte man die Wiedereinführung des Terminhandels. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß es erstrebenswert wäre, das Geschäft auf Zeit wieder zur Einführung zu bringen. Nur über den Zeitpunkt der Durchführung einer solchen Maßnahme ist man sich nicht ganz klar. Außerdem hat man u. a. Bedenken, die dahingehen, daß die Bonität der einzelnen Kontrahenten heute schwer zu schätzen ist. Hierin liegt u. a. eine Hauptschwierigkeit für die baldige Durchführung des Terminhandels.

Verschiedene Mitteilungen

Der Erfinder des Leibniz-Keks gestorben. In Hannover wurde am 11. November der Fabrikant Hermann Bahlsen zur Ruhe bestattet. Bahlsen war der Erfinder und Fabrikant des bekannten Leibniz-Keks, der seinen Weg durch die ganze Welt gefunden hat. Er besaß die größte Keksfabrik Deutschlands. Als Bahlsen vor dreißig Jahren seine Fabrik gründete, wurde aus England jährlich für 10 Millionen Mark Prinzessinnen-Keks nach Deutschland eingeführt. Nach kaum fünf Jahren hatte der englische Wettbewerb vollständig aufgehört.

Der verschobene Achtstundentag. Wie „Echo de Chine" aus Tokio meldet, hat die japanische Vereinigung der Industriellen beschlossen, die Einführung des Achtstundentages um fünf Jahre zu verschieben.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Auf fortgesetzte Käufe des Privatpublikums und des Auslandes hielt an der Börse bei unverändert lebhaftem Geschäft die Aufwärtsbewegung der Kurse an. Zu sind mit Ausnahme der nachstehend bezeichneten Papiere so sprunghafte Kurssteigerungen festzustellen. Deutsch-Ueberseeische Elektrische wurden erneut ungefähr 40 Proz., Deutsch-Asiatische Bankaktien, die gestern 35 Proz. stiegen, weiter um 20 Proz. Westeregeln Alkali-Aktien ungefähr 17 Proz. höher notiert. Rege tig gesteigert wurden im Verlaufe nach Schantung, Türkische Tabak, Orientbahn und Türkenlose. Kanadas lagen fest. Petroleum- und Kolonialwerte wurden bei festerem Geschäft bis wiegend realisiert. Der heimische Rentenmarkt zeigte unter Bevorzugung der letzten Reichsanleihe recht festes Aussehen. Kriegsanleihe 79¼. Oesterreichische Renten waren gefragt, ungarische fest. Das Geschäft wurde später etwas stiller, da die höchsten Tageskurse konnten nicht überall behauptet werden.

Produktenbericht. Infolge dringender Kauflust und knapper Warenbestandes hält die stramme Festigkeit am Produktenmarkt an. Dies gilt besonders für Hafer, und die ausnärtigen Käufer zahlen dafür höhere Preise, als sie hier bewilligt werden. Erbsen sind zu sehr hohen Preisen etwas mehr angeboten bei allerdings nicht immer einwandfreier Beschaffenheit. Für Pferdebohnen, Peluschken, Wicken, Lupinen und Serradella sind die recht hohen Preisforderungen nicht überall durchzusetzen.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 11. November. Weizen: November —, Mai —. Nov. —,—, Dezbr. 1.31,—, Mai 126.75. Schmalz: November 30.00, Januar 24.40. Pork: Nov. —,—, January 34.65. Rippen: November 18.37, Januar 18.50. Hafer: Dezember 72⅝, Januar —,—. Mais: November —,—.

New York, 11. November. Winter- und Sommerweizen —. Mais: loko 1.05.50. Mehl: 9.25—10.25. Schmalz: 27,—. Zucker: Kaffee: 18¼.

Hafernotierungen:

Berlin, 13. Novbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in Berlin loko ab Speicher frei Wagen 1720)—1740. loko ab Bahnhof 17.0. Tendenz fest.

Auszahlungen. Berlin, 13. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1419,—	1421,—	Oesterreich abgst.	32.20	[illegible]
Dänemark	794,25	795,75	Prag	70.15	[illegible]
Schweden	874,25	875,75	Ungarn	35.70	[illegible]
Norwegen	844,25	845,75	Spanien	704.50	[illegible]
Schweiz	677,—	678,—	Finnland	138.75	[illegible]
Oesterreich	35.20	35.30			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	[illegible]
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	76.90	Deutsche Erdöl	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	70.20	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
4% „ „	69.75	Deutsche Kali	[illegible]
3½% „ „	65.—	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
3 „ „	65.80	Donnersmarkhütte	[illegible]
4 Preuss. Konsols	67.30	Düring n. Lehrmann	[illegible]
3½ „ „	65.25	Dürkoppwerke	[illegible]
3 „ „	55.70	Elberfelder Farben	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 09/09	95.70	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4 Magdeb. Stadtanl. 01/06	—,—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	102,—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe	99.50	Gebhardt u. König	[illegible]
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,—	Gelsenkirch. Bergw.	[illegible]
4 Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Glanzstoff Zuckerfbr.	[illegible]
		Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Ausländ. Werte		Hann. Masch.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente	32.25	Harpener Berg	[illegible]
4 Oesterr. Gold-Rente	66.75	Hasper Eisen	[illegible]
4 Ungar. Kronen Rente	36.10	Hirsch Kupfer	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Höchster Farbw.	[illegible]
Halberstadt-Blankenh.	85.50	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Halle-Hettstedter	68.—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Schaumburg	219.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Allg. Lokal-Str	146.75	Ilse-Bergbau	[illegible]
Gr. Berl. Str	117.50	Kahla-Porzellan	[illegible]
Magdeburger Str.	78.—	Kalix. Aschersleben	[illegible]
Lux. Prin. Heinrich-B.	485.—	Körbisch Zucker-Akt.	[illegible]
Orientbahn	300,—	Kyffhäuserhütte	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co	[illegible]
Hamburg. Paketfahrt	123⅝	Landw. Bank d. Pr. Sa.	[illegible]
Hamburg.-Südamerika	220.—	Lauchhammer	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	304.50	Linke u. Hofmann	[illegible]
Nordd. Lloyd	123.50	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Banken:		Lothringer Hütte	[illegible]
Bank für Thür.	133.25	Mannesmannröhren	[illegible]
Berl. Handelsges.	162.—	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Comm. u. Diskontobank	137.25	Oberschl. Eisenb. Bed.	[illegible]
Darmstädter Bank	121.—	do. Caro Heg.	[illegible]
Dess. Landesbank	114.50	do. Kokswerke	[illegible]
Deutsche Bank	174.—	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Diskonto-Comm.	179,⅞	Phönix-Bergb.	[illegible]
Dresdner Bank	151,⅝	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	138.50	Rhein Stahlwerke	[illegible]
Mitteld. Privat-Bank	131.25	Riebeck Montan	[illegible]
Nationalbank	125,—	Rombacher Hütten	[illegible]
Oesterr. Kredit	130.—	Rositzer Braunk.	[illegible]
Reichsbank	153,—	Rositzer Zucker	[illegible]
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	354.75	Hugo Schneider u. Co	[illegible]
Akt. f. Anilinfabr.	319.75	Schuckert u. Co.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	240,—	Siemens u. Halske	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	340.—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	225,—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Annaberger Steingut	211.—	Stollberger Zinkh.	[illegible]
Badische Anilin	463,—	Stralsk. Spielkarten	[illegible]
Bergmann Elekt.-Akt.	194.75	Thüringer Spinnhütte	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	248.—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bismarckhütte	275.75	Türkische Tabakregie	[illegible]
Bochumer Gußstahl	240.50	Ver. Köln Rottweiler	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	143.—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem Griesheim	259.—	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Chem. v. Heyden	281.—	Werch. Weissenf. Brk.	[illegible]
Commodit. Schalke	143.—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Crölliwitzer Papierfabr.	213.—	Wittener Gußstahl	[illegible]
Daimler-Motoren	270.—	Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitz Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: fest.

Verantwortlich für Politik: Helmut Bötticher, für politische Nachrichten, Feuilleton und Sport: Hans Heilling, für den übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Berthen sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911141-15/fragment/page=0004